

# Hohenstein-Ernstthalener Tageblatt

Amtsblatt.

Nr. 279.

Dienstag, den 2. Dezember 1913.

Zweites Blatt.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung am 29. November 1913.  
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1/1 Uhr.

Einige Rechnungssachen, darunter die Rechnung über den Haushalt der Schutzgebiete für 1908, werden ohne Erörterung an die Rechnungscommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Bemerkungen des Rechnungshofes zur allgemeinen Etatsrechnung für 1909.

Abg. Noske (Soz.): Es ist unhaltbar, daß die Bemerkungen des Rechnungshofes erst vier bis fünf Jahre nach dem Abschluß des jeweiligen Etatsjahres erhalten. Die Staatssekretäre hätten allen Anlaß, wenn Etatsüberschreitungen oder sonstige Unregelmäßigkeiten vorkommen, dem Rechnungshof beizugeben das Material zuzustellen, damit wir früher informiert werden können.

Abg. Erzberger (Ztr.): Das Etatsrecht des Reichstags ist noch wichtiger als das Ausgaberecht. Es ist daher in der Tat zu wünschen, daß der Rechnungshof insstandgesetzt wird, seine Arbeiten zu beschleunigen.

Staatssekretär im Reichsschatzamt Kühn: Ein Etatswirtschaftsgebot zu machen, ist nicht so leicht, wie es den Anschein hat. Der Reichstag hat sich ja in früheren Jahren schon selbst wiederholt damit beschäftigt, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Das Reichsschatzamt hat genau dasselbe Interesse an dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes wie der Reichstag.

Wir werden das Steuerjahr (Heiterkeit) benutzen, um den Entwurf so schnell als möglich vorzubereiten. Die Einbringung wird, wenn auch nicht in dieser Tagung, so doch jedenfalls in der nächsten erfolgen.

Die Bemerkungen gehen an die Rechnungscommission.

Darauf wird das Gesetz, betreffend die Beschäftigung von Hilfsrichtern bei dem Reichsgericht in dritter Lesung angenommen.

Es folgt hierauf die weitere Beratung über Hausverhandlung und Wandelager in Zusammenhang mit der Vorlage einer einschlägigen Gewerbeordnungs-Novelle.

Abg. Stolle (Soz.): Wenn die Regierung glaubt, durch Verbot des Hausierhandels mit Waren zur Verhütung der Empfängnis den Geburtenrückgang zu bekämpfen, so geht sie von falschen Voraussetzungen aus. Der Geburtenrückgang ist eine Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik der Regierung. Sorgen Sie für billigeres Lebensmittel, dann werden Sie dem Geburtenrückgang am besten steuern. Wir lehnen den Entwurf ab.

Abg. Hitor (Ztr.): Wir wünschen ein vollkommenes Verbot der Wandelager. Bisher ist es nur bei Werten geblieben. Wir müssen endlich einen praktischen Anfang machen. Ein Wandelager legt oft den ganzen Geschäftsgang für ein Jahr brach. Die Regierung ist in der Frage der Wandelager ganz falsch unterrichtet.

Abg. Dr. Voettger (natl.): Unberechtigt gibt es zweifelhafte Elemente unter den Hausierern. Vielfach werden durch sie keine Leute und Arbeiter zum Kauf von Gegenständen veranlaßt, die sie gar nicht verwenden können. Die Aussprache hat eine Fülle von Anregungen gegeben. Es empfiehlt sich, den Entwurf an eine größere Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. Werner (Wirtsch. Bgg.): Die Hausierer haben in ihren Kästen oft doppelte Böden. In diesen Geheimfächern führen sie dann verbotene hygienische Mittel mit sich. Bedauerlich ist, daß in den Kasernen Bio-Automaten aufgestellt werden. Die ausländischen Hausierer, die polnischen und galizischen Juden, sind geradezu eine Landplage. In der sozialdemokratischen Stadt Offenbach hat man sich sehr über sie beklagt. Dort, vor den Toren von Frankfurt, sitzen sie zu mehreren Tausenden und fallen wie ein Neuschwabenland über das ganze Land. Wir müssen diese orientalische Einwanderung verhindern. Die Wandelager sind ebenso überflüssig, wie die Lagerhäuser und Hamschläger.

Abg. Fischer (Soz.): Das Gesetz soll wohl den unauflösblichen Vantrott der Mittelstandspolitik der Rechten aufhalten.

Abg. Pfeiffer (Ztr.): An dem Entwurf hat eigentlich niemand Freude. Die Spekulation an das Mitleid des Publikums darf von den Hausierern nicht ausgenutzt werden. Ein völliges Verbot der Wandelager möchte ich nicht befürworten, dadurch würde z. B. auch der Kunst- und Antiquitätenhandel Schaden erleiden. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Montag 2 Uhr: Öffentliche Interpellation über Zahren; Handelsprovisorium mit England; Beamtendisziplinarnovelle; Petitionen. Schluß 3/2 Uhr.

## Agrarfragen.

Öffentlicher Vortrag im Kreisverein der Fortschrittlichen Volkspartei.

—: Hermsdorf, 30. Nov. 1913.

Im Saale des Gasthofes „Zur Linde“ hielt gestern abend der Kreisverein der Fortschrittlichen Volkspartei eine öffentliche Versammlung ab, die einen ziemlich zahlreichen Besuch aufwies. Als Redner hatte man Herrn Domänenpächter und Reichstagsabgeordneten Fegter aus Ostpreußen gewonnen.

Herr Gauleiter Müller-Glauchau wies eingangs der Versammlung darauf hin, daß es sich nicht um eine politische Aufführung, sondern um eine politische Klärung der Verhältnisse während der Zeit zwischen den Wahlen zu den Parlamenten handle.

Dann nahm Herr Reichstagsabgeordneter Fegter das Wort zu seinem inhaltreichen Vortrag über „Agrarfragen“, dabei u. a. folgendes ausführend: Möglichst viele Produkte solle der Landmann dem Boden entziehen, von dem Gesamtmaterial eine möglichst große Gesamternte hereinbringen, das ist aber bisher noch nicht überall möglich. Der Großbetrieb wird mehr und mehr zum Saisonbetriebe, die Viehwirtschaft geht unter dieser Tendenz zurück. Wohl vermehrt sich im östlichen Preußen immer mehr die Anbaufläche für Roggen, aber zu nachteilig hat das zur Folge, daß unsere Nachbarn mit billigerem Brotgetreide versorgt werden. In den Jahren 1908 bis 1912 ist die Ausfuhr an Roggen von 247 000 auf 481 000 Tonnen gestiegen. Der ausgeführte Roggen kostet dem Reiche pro Tonne 80 Mark, insgesamt jährlich also rund 25 000 Mk. Von ultraagrarischer Seite wurde es als eine Stärkung des deutschen Volkvermögens bezeichnet, wenn wir die Kleine zu fast denselben Preisen vom Ausland zurücktaufen, für den wir das Getreide verkauft haben. Sich zu dem offenbaren Fleischmangel wendend, bezeichnet Redner als Ursache desselben den Niedrigpreis des Viehbestandes, der zu Caprivis Zeiten eine Steigerung auswies. Gegenüber der Forderung von 1911 fehlen uns heute über 200 000 Stück Rindvieh und gegen 2 Millionen Schweine.

Die heutige Wirtschaftspolitik liege, wie solche Zahlen beweisen, nicht im Interesse der Landwirtschaft. Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß nur derjenige Vorteil von den landwirtschaftlichen Zöllen haben kann, der seine Produkte in großen Mengen verkauft. Die Zollgesetzgebung hat die landwirtschaftlichen Produkte ebenso wie die vom Landwirt benötigten Bedarfsartikel verteuert; es gibt ja fast keinen Gegenstand mehr, der nicht durch Zölle usw. verteuert sei. Private Erhebungen kamen zu dem Ergebnis, daß etwa 72 bez. 90 bis 96 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe keinen Nutzen von den Zöllen haben, den eigentlichen Nutzen haben eben die Großbetriebe, deren es im deutschen Reiche etwa 25 000 gibt, wenn man 100 Hektar zur Grundlage nimmt. Mit den Zöllen gäbe eine künstliche Steigerung des Preises für Grund und Boden Hand in Hand. Auch die fortschreitende Verschuldung des landwirtschaftlichen Viehes sei eine der bössartigen Nebenwirkungen der agrarischen Zollgesetzgebung. Vor allem frant der landwirtschaftliche Teil des deutschen Volkes an nicht zu behebendem Landhunger. Der Besitz verkleinert sich in Erbfällen unter männlichen Erben. Raum muß in dieser Hinsicht geschaffen werden, wenn nicht die Industriegebiete unter den Folgen der Saisonarbeit immer mehr leiden sollen. Rund 1 Million Ausländer werden als Saisonarbeiter bei uns beschäftigt, davon die Hälfte in der Landwirtschaft. Leider ist ein heimischer Stamm von Landarbeitern nicht mehr zu haben. Der Ausländer ist weniger anspruchsvoll in bezug auf Entlohnung, Ernährung usw. und darum ist der deutsche Landarbeiter ihm gegenüber nicht konkurrenzfähig. Das ist das große Geheimnis der Landflucht, daß es dem heimischen Arbeiter nicht möglich ist, das ganze Jahr hindurch Beschäftigung zu erhalten. Nach einer Schätzung sollen die russischen Arbeiter im Jahre gegen 20 Millionen Mark als Ueberverdienst über die Grenze zu überbringen. Ein „Eingangszoll“ auf ausländische landwirtschaftliche Saisonarbeiter würde eine gute Hilfe für den Arbeitgeber bedeuten und der Landflucht außerordentlich steuern. Die innere Kolonisation findet in Kreisen agrarischer Führer leider nur wenig Freunde, obwohl diese die Schäden der Landflucht anerkennen; der Fideikommissbesitz übersteigt in seinem Anwachsen ganz bedeutend die Zahl der Kleingüter. Rund 3/2 Millionen Hektar sind in Preußen fideikommissarisch festgelegt, etwa der 15. Teil ganz Preußens. Eine solche Entfaltung muß als schädlich betrachtet werden zu Zeiten des gegenwärtigen Landhungers. Eine Reformgesetzgebung sei unbedingt nötig zum Schutze der Einzelgüter. Der Großgrundbesitzer müsse willig gemacht werden für die innere Kolonisation. Die Futtermittelzölle auf Mais und Gerste müssen fallen, denn die Spannung zwi-

schen Herstellungskosten und Verkaufspreis ist gegenwärtig zu klein, die Produktion lohnt zu wenig.

Die Ziele der Fortschrittlichen Volkspartei legt Redner in folgendem dar: Verringerung der inneren Kolonisation vonseiten des Staats durch billige Kredite usw.; Urbarmachung der Moore und Heiden; Aushebung der Fideikommissgesetzgebung; vorsichtige, schrittweise Herabsetzung der Industrie- und Agrarzölle, für die im jetzigen Reichstag wohl eine Mehrheit zu haben sein würde. Jeder, der es mit der Landwirtschaft gut meint, müsse mit nach Wegen suchen helfen, die gegenwärtigen Dinge zu ändern und damit eine Gesundung der Verhältnisse herbeizuführen.

In der Aussprache, die sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß, gab Herr Fegter Aufschluß über die Bedeutung des Einfuhrzollsystems wie über die Frage der Fideikommissgüter, er beschäftigte sich weiterhin mit den Zöllen auf Getreide und Futtermittel, die hemmend auf die Viehzucht wirken, und dann gab ihm ein Hinweis auf Stein und Gartenberg, die viel zur Befreiung des deutschen Bauernstandes beitragen, Gelegenheit zu dem Hinweis darauf, wie der Liberalismus stets die Interessen der Landwirtschaft vertreten habe und noch vertrete. Während des Schlusswortes des Referenten kam es infolge von Zwischenrufen zu einem erregten Zwischenfall, weil ein Teilnehmer behauptete, Herr Fegter wolle diese Gelegenheit zu Vorwürfen gegen den Bund der Landwirte benutzen. Redner schloß mit der Versicherung:

Volkspolitiker und nicht Junkerpolitiker triebe die Fortschrittliche Volkspartei und sie wende sich gegen die rücksichtslose Politik ihrer Gegner, indem sie Aufklärung trage auch in das kleinste Dorf.

## Die Notwendigkeit des Vogel-schutzes.

—: Kuchsnappel, 1. Dez. 1913.

In recht anerkannter Weise haben sich die Landwirte gerade unseres Bezirks schon bisher des Vogelschutzes besonders angenommen in der richtigen Erkenntnis, daß man seine Mitarbeiter „warm halten“ muß, da es erst mit deren Mithilfe möglich ist, gute Produkte zu erzielen. Der Ertrag der Obstbäume würde sich in auffälliger Weise vermindern, ja das Obst würde gänzlich dem Ungeziefer zur Beute fallen, wenn die Vögel nicht wären. Und zumal die Höhlenbrüter sind es, die als nicht genug zu schätzende Helfer im Kampf gegen die schädlichen Insekten angesehen werden müssen. Das war die Quintessenz eines Vortrags, der gestern Sonntag nachmittags unsern Landwirten und sonstigen Interessenten hier gehalten ward. Trotz des recht wenig zu einem Spaziergang verlockenden Wetters waren die Hörer auch aus vielen umliegenden Ortschaften erschienen. Auch Herr Amtshauptmann Graf v. Hohenhausen-Glauchau, ein eifriger Förderer des Vogelschutzes, zeichnete die Versammlung durch seinen Besuch aus.

In völlig uneigennütiger Weise hatte sich Herr Oberförster Wolff aus Tharandt, der der staatlichen Kommission für Vogelschutz angehört, bereitfinden lassen, Aufklärung über so manche wichtige Frage zu geben in einem Vortrag, der einen recht guten Eindruck hinterließ.

Redner verbreitete sich zunächst ausführlich über die Bestrebungen des Herrn v. Berlepsch, dessen Schrift, die wohl in Interessententreisen allgemein bekannt ist, geradezu bahnbrechend für die Maßnahmen wirkte, die den Vogelschutz und die Winterfütterung der Vogelwelt antreiben. Bayern nahm die ersten praktischen Versuche auf und alle anderen Bundesstaaten folgten. Die Notwendigkeit des Vogelschutzes ist begründet in den wirtschaftlichen Vorteilen, denn der Vogel ist dazu mitersien, die Vermehrung der schädlichen Insekten im Zaume zu halten, wenn gleich auch nicht zu bestreiten ist, daß er auch dem Landwirte nützliche Insekten mit vertilgt. Man hat berechnet, daß eine Kohlmeisenfamilie jahresüber etwa 1/2 Zentner Insekten, Kämpen usw. vertilgt. Jeder kleine Vogel scheint es, wie man oft beobachten kann, größere baumlose Flächen zu überfliegen, er sucht öftere Nistgelegenheit, und darum empfiehlt es sich, ihm besondere Gehölze anzuweisen, die sich für solche Gelegenheiten eignen. Besonders Einfluß übt die Vogelwelt auf unsere Obstanlagen aus. Daß der Vogel mitunter schädlich wirken kann, soll zwar auf keinen Fall bestritten werden, das darf aber doch nicht zur Verbannung des Vogels führen, der Nutzen ist offensichtlich überwiegend. Der Kleinvogel ist dann aber auch ein Schmuck unseres Landschaftsbildes, und auch von diesem freilich weniger praktischen Gesichtspunkte aus müssen wir Vogelschutz treiben, der sich offenbart in Niststättenbereitung, in Winterfütterung

und im Schutz vor den Feinden des Vogels. Wir unterscheiden Höhlen- und Freibrüter; die für jede Vogelart zutreffende Nistgelegenheit hat Berlepsch genau studiert und die vom Vogel angelegten Nisthöhlen usw. dann kopiert. Redner erläuterte diese und andere Anlagen an der Hand von Zeichnungen ausführlich. Es empfiehlt sich, die Nisthöhlen mit dem Eingang nach Südosten anzubringen. In recht anschaulicher und belehrender Weise behandelte Herr Oberförster Wolff dann die Anlage der Vogelschutzgehölze; auch in dieser Hinsicht arbeitete Herr v. Berlepsch vorbildlich. Weniger als der Höhlenbrüterschutz, der besonders wegen seiner Billigkeit zu empfehlen ist, ist der Schutz der Freibrüter von wirtschaftlichem Vorteil; letzterer wird auch schon seiner teuren Anlage wegen weniger Freunde finden. Zumal dem Körnerfresser soll man durch Winterfütterung Ernährungsmöglichkeit geben. Es ist dies nicht etwa nur eine Nisttätigkeit, sondern wir schützen uns dadurch vor Verlusten in der Vogelwelt. Als den schlimmsten Feind der Vogelwelt darf man den Menschen in höchst eigener Person bezeichnen, der zumal in den Ueberlandleitungen der Gletschzeit den Vogelmord betreibt, allerdings unabhängig; aber solche Mordtaten können leicht ungefährlich gemacht werden. Dann aber auch die Jagdlust der Jugend wird vielen Vogelarten zu großem Schaden. Vor allem muß die Kage davor bewahrt werden, auf die Vogeljagd zu gehen; sie schädigt die Vogelwelt ungemain. Auch der Spatz ist als großer Feind der Singvogelwelt zu betrachten, der den Jungen gefährlich wird, ebenso mehrfach die Amsel. Redner schloß mit dem Wunsch, daß seine Anregungen auf guten Boden gefallen sein und daraufhin unternommene Versuche von bestem Erfolge begleitet sein möchten.

Nach dem Vortrag dankte Herr Lehrer Stallin eicht dem Herrn Referenten und widmete Herrn Amtshauptmann Grafen von Hohenhausen-Glauchau besondere begrüßende Worte, ihm für sein Erscheinen besten Dank ausprechend.

In der sich an das Referat schließenden Aussprache wies Herr Lehrer Richter-Glauchau auf den Bund für Vogelschutz (Stuttgart) hin, der aufklärend wirkte, auch Nisthöhlen billig abgab. Redner wandte sich gegen das Wegknallen jedes selten bei uns erscheinenden Tieres und war mit dem Vortragenden einverstanden, der die Käfighaltung des Vogels billigte; den Landwirten legte er nahe, alles zu tun, was dem Wildern der Kage Einhalt tun könne.

Herr Amtshauptmann Graf v. Hohenhausen-Glauchau gab seiner Freude darüber Ausdruck, hier so viele nützliche Anregungen gehört zu haben; aus menschlichen und wirtschaftlichen Gründen möge man diese auch allenthalben befolgen, nicht bloß heute Interesse für die Sache zeigen, sondern auch praktisch wirken, damit der Segen dieser Bestrebungen nicht ausbleibe.

Herr Oberförster Wolff hielt es nicht für empfehlenswert, dem Stuttgarter Bunde für Vogelschutz beizutreten; dessen Gelder fänden für Sachen wenig Verwendung, und dessen nicht allemal praktischen Nisthöhlen machten den Berlepschen schwere Konkurrenz.

Dann wies Herr Guttsbesitzer E. Schuberthallen im Gegenzug zu Herrn Richter darauf hin, daß gerade in unserm engeren Vaterlande der Vogelschutz in den Kreisen der Landwirte mit bestem Erfolge schon seit langem betrieben wird. So seien aus den Ueberbüschen des vom Redner geleiteten Spar- und Darlehensvereins für Tirschheim u. U. schon reichlich 100 Nistkästen beschafft worden. Die Landwirte hätten es schon längst erkannt, daß, wenn sie gewungen seien, dem Boden so viel wie möglich abzurufen, sie auch den Schädlingen überall entgegenzutreten müßten, und das tun sie, indem sie Vogelschutz treiben.

Nachdem Herr Gemeindevorstand Kunze-Kuchsnappel dem Herrn Amtshauptmann für sein Erscheinen und dem Herrn Vortragenden für seine Darlegungen gedankt hatte, drückte auch die Versammlung diesen Dank durch Erheben von den Plätzen aus.

Dann richtete der Herr Amtshauptmann nochmals ermunternde Worte an die Erschienenen und schließlich gab Herr Oberförster Wolff auf Anregung des Herrn Lehrers Stallin eicht noch Anregungen zur Bekämpfung der Sperlingsplage. Es empfehle sich, während der Brutzeit sämtliche Niststätten zu zerstören. Vielleicht würden die landwirtschaftlichen Vereine auch Prämien für das Wegfangen weißlicher Sperlinge aussetzen.

Nach weiterer angeregter Aussprache fand die sehr interessante Veranstaltung ihren Abschluß.